

Lüneburg, den 11. September 2017

Antwortschreiben auf die Anfrage der Fachschaft Bildung der Universität Lüneburg vom 31.08.2017

Liebe Studierende des Masters Bildungswissenschaften,

liebe Mitglieder der Fachschaft Bildung,

liebe Mitglieder des AStAs der Universität Lüneburg,

liebe Mitglieder des Studierendenparlaments der Universität Lüneburg,

wir danken Ihnen und Euch für die ausführliche Stellungnahme und die Kontaktaufnahme zur LINKEN Niedersachsen in dieser Angelegenheit. In der Regel sind Entscheidungen, die Hochschulen in ihrer ihnen zustehenden Autonomie treffen, von Parteien auf Landesebene zu respektieren. In diesem Fall möchten wir jedoch unser Möglichstes tun, um uns für Ihr/Euer Anliegen einzusetzen. Der geschilderte Sachverhalt wurde uns so von der lokalen SDS-Gruppe bestätigt. Wir halten die Entscheidung für undemokratisch und in Hinblick auf die Herausforderungen, mit denen unser Bildungssystem in Niedersachsen und darüber hinaus konfrontiert ist, für unverantwortlich.

Am 14. April 2015 hat die Landesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Beteiligungskultur innerhalb der Hochschulen zur Verbandsanhörung freigegeben. DIE LINKE. Niedersachsen sah dort Notwendigkeit einer umfassenden und grundlegenden Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes mit dem Ziel, das Prinzip der unternehmerischen Hochschule mit ihren unter Anderem undemokratischen Strukturen zu überwinden. Diese Notwendigkeit wurde von der LINKEN, zusammen mit Gewerkschaften und Studierendenvertretungen, in den vergangenen Jahren wiederholt gegenüber dem Wissenschaftsministerium deutlich gemacht. Bedauerlicherweise teilt das Ministerium bislang unsere Auffassung nicht.

Unserer Ansicht nach können nur, wenn alle Statusgruppen der Hochschule gleichberechtigt an Entscheidungsprozessen beteiligt sind, eine verantwortliche Wissenschaft sowie ein demokratisches Miteinander umgesetzt werden. Hierzu gilt, Mitbestimmungs- und Partizipationsmöglichkeiten auszubauen sowie Kompetenzen ausgewogener auf Gremien zu verteilen. Konkret bedeutet dies sowohl die Stärkung der Senate als auch der Fakultätsräte, die notwendige Einbeziehung der Hochschulmitglieder in die auf eine beratende Funktion

reduzierten Hochschul- und Stiftungsräte und die paritätische Besetzung der akademischen Gremien, sodass alle Statusgruppen gleich stark vertreten sind. Das Vorgehen des Präsidiums, entgegen der Beschlüsse des zuständigen Fakultätsrats sowie der Empfehlung der Studienkommission, der Studierendenparlaments und des Senats, wäre so überhaupt nicht möglich gewesen und widerspricht dem Anspruchs eines demokratischen Miteinanders. Eine solche Praxis gilt es unserer Meinung nach, an Hochschulen und darüber hinaus zu überwinden.

Die Bildungs- und Erziehungswissenschaft hat bei uns eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung. Angesichts der massiven Herausforderung, vor dem unser Bildungssystem steht, ist eine ständige wissenschaftliche Analyse und Weiterentwicklung unverzichtbar. Sei es bei der Entwicklung von Ganztagschulen, der Verbesserung von Lernmethoden oder aber der Vernetzung und Verbesserung der Kooperation zwischen verschiedenen Bildungsinstitutionen. Gerade der Master in Lüneburg, mit seinen Schwerpunkten auf Kultur, Nachhaltigkeit und der Sozialen Arbeit, macht dies zu einem einmaligen Studienangebot und damit umso wertvoller für unsere Gesellschaft. Auf eine solche Wissenschaft zu verzichten wäre angesichts der Entwicklungsherausforderungen, vor denen wir stehen, schlicht verantwortungslos und sollte daher vom Wissenschaftsministerium abgelehnt werden.

Wir möchten Sie/Euch in Ihrem/Euren Engagement für diesen Studiengang bekräftigen. Ihr Wirken an der Hochschule ist für uns ein Zeichen eines verantwortungsvollen und demokratischen Anspruchs der Studierendenschaft an die Hochschule. Für uns stellt sich selbst bei geringer Nachfrage nicht die Frage, ob man Bildungswissenschaft anbieten sollte, sondern wie. Gerne werden wir versuchen, unsere Meinung zu diesem Anliegen gegenüber dem Wissenschaftsministerium deutlich zu machen und in der Öffentlichkeit für Ihr/Euer Anliegen eintreten. Wir würden uns freuen, wenn wir in dieser Angelegenheit in Kontakt bleiben könnten. Lassen Sie und lasst uns weiter gerne wissen, wie wir unterstützen können.

Mit solidarischen Grüßen

Anja Stoeck

Landesvorsitzende DIE LINKE. Niedersachsen

Thorben Peters

Kreissprecher DIE LINKE. Kreisverband Lüneburg/

Sprecher der LAG Bildung DIE LINKE. Niedersachsen

Christoph Podstawa

Kreistagsfraktion DIE LINKE. Lüneburg